

Suhler LINKE startete mit ihrem Neujahrsempfang erfolgreich ins Jahr 2016



Foto: Michael Bicker

Volles Haus beim Neujahrsempfang der Suhler Linken - Gabi Zimmer, Vorsitzende der Linksfraktion GUE/NGL im Europaparlament, Suhls Oberbürgermeister Dr. Jens Triebel, Vertreter aller Fraktionen im Suhler Stadtrat, Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Vereinen und Verbänden sowie Genossinnen und Genossen aus dem Suhler Stadtverband, den Verbänden von Hildburghausen, Schmalkalden-Meinungen und Bad Salzungen waren zu Gast.

Hauptrednerin des sehr interessanten Abends war Gabi Zimmer, die bereits tagsüber mehrere Termine in Suhl absolviert hatte, u.a. besuchte sie die Erstaufnahmeeinrichtung auf dem Friedberg. Weitere Redner waren Sandro Witt, stellv. Vorsitzender des DGB Bezirk Hessen, Peggy Greiser vom BTZ Rohr und Vizelandrätin des Kreises Schmalkalden/Meinungen sowie der Leiter der Erstaufnahmeeinrichtung auf dem Suhler Fried-

berg, Kai Philipps. Im Mittelpunkt der sehr interessanten Reden standen die Flüchtlingssituation in Europa, die Willkommenskultur hier vor Ort sowie die vielfältigen Bemühungen zur Integration von Asylbewerbern. Aber auch Ladenöffnungszeiten im Rahmen von verkaufsoffenen Sonntagen im Kontext zum 1. Mai, dem Tag der Arbeit, waren Thema, vor allem von Sandro Witt.

Musikalisch umrahmt wurde der Abend von Liedermacher Prinz Chaos II alias Florian Ernst Kirner mit humorvoll-satirischen, nachdenklichen und gesellschaftskritischen Liedern.

Eine sehr gute Veranstaltung mit vielen Inhalten, die auch Raum ließ für persönliche Gespräche und Kontakte. Für die Suhler LINKEN war es ein gelungener Start ins neue Jahr, das wieder viele Aufgaben und Herausforderungen für sie bereithält.

- INA LEUKEFELD-

Gesprächsnachmittag mit Gabi Zimmer

Am 08.01.2015 fand in der Seniorenresidenz der Volkssolidarität in Suhl ein Diskussionsnachmittag der Ortsgruppe der Deutsch-Russischen Freundschaftsgesellschaft und der Koordinierungsgruppe der Vereine und Verbände zum Thema "Die Europäische Union und Russland, Perspektiven einer besseren Zusammenarbeit zwischen der europäischen Union und Russland" statt. Gesprächspartnerin war Gabi Zimmer, Vorsitzende der Linksfraktion GUE/NGL im Europaparlament.

Sie hatte im Oktober 2015 mit einer kleinen Delegation Russland besucht und viele interessante Gespräche mit unterschiedlichen Interessengruppen, Parteien und Persönlichkeiten geführt. Detaillierte und aufklärende Ausführungen, die Vermittlung von sehr viel Faktenwissen und eine ausgesprochen lebhaft Diskussions machten die sehr gut besuchte Veranstaltung zu einem politischen Höhepunkt zu Beginn der Aktivitäten der Ortsgruppe im neuen Jahr 2016.

- HUBERT HEIDERICH -

Ausgerechnet Afghanistan

Dass die Bundesrepublik nicht jedes Jahr über eine Million Flüchtlinge aufnehmen kann, steht außer Frage. Die Grundlage für geordnete Verfahren zur Aufnahme (auch zur Ablehnung) von Flüchtlingen müssen Gesetze sein, die mit der Genfer Flüchtlingskonvention in Einklang stehen. „Die Konvention legt klar fest, wer ein Flüchtling ist, welchen rechtlichen Schutz, welche Hilfe und welche sozialen Rechte sie oder er von den Unterzeichnerstaaten erhalten sollte. Aber sie definiert auch die Pflichten, die ein Flüchtling dem Gastland gegenüber erfüllen muss...“ (UNHCR). Diese Prämissen scheinen MdB Mark Hauptmann nicht zu beeindrucken, wenn er eine spürbare Reduzierung der Flüchtlingszahlen u.a. auch dadurch erreichen will, indem „weitere Länder als sichere Herkunftsländer deklariert (werden), beispielsweise Afghanistan“ (Zitiert nach Freies Wort). Wenn er dieses Land für ein sicheres hält, kann er ja seinen Urlaub dort verbringen. Allerdings sollte man ihn davor warnen (Reisewarnung des Auswärtigen Amtes!). Mit der Realität hat sein Vorschlag nichts zu tun. Will er, nachdem Deutschland in etlichen Ländern völkerrechtswidrig an der Schaffung von Fluchtursachen mitgewirkt hat, nun die bekämpfen, die flüchten müssen, anstatt das einzig Richtige zu tun, nämlich die Fluchtursachen zu beseitigen? Aber nicht durch neue Militärinterventionen, sondern durch eine Neujustierung der Außen-, Militär- und Wirtschaftspolitik! Die Alternativen im Entscheidungsjahr 2016 lauten: Beseitigung der Fluchtursachen oder Bau neuer Mauern.

- ECKHARD GRIEBEL -

Gebietsreform ohne Ängste



Minister Hoff zur Gebietsreform

Foto: KaWa

Es war eine gut besuchte und interessante Veranstaltung im TÜRMCHEN, als der Minister der Staatskanzlei, Prof. Benjamin Hoff, auf Einladung unserer Stadtratsfraktion das Thema Gebietsreform diskutierte. Jung, dynamisch, mit einer anderen Sprache als die gewohnte, gab er Satz für Satz Überlegungen und Argumente, die für eine Gebietsreform sprechen. Freilich muss die einher gehen

mit einer Aufgabenkritik und einer Verwaltungsreform, denn nur eine Zusammenlegung von Kreisen ist zu wenig. Ziel ist, die Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden zu erhöhen, um Lebensqualität für Bürger*innen auch in Zukunft zu sichern. Angesichts einer abnehmenden Bevölkerung und weniger finanzieller Mittel müssen die Verwaltungsstrukturen angepasst werden, aber so, dass die kommunale

Ebene gestärkt wird. Angst vor einem „Großkreis“ muss deshalb niemand haben, denn alle „Amtsgänge“ können auch zukünftig im Rathaus vor Ort abgewickelt werden. Wenn Suhl nicht mehr kreisfrei ist, was laut Leitbild der Landesregierung nur Städten mit über 100000 Einwohnern zugebilligt wird, dann ändert sich für die Suhler gar nichts. Aber mehr Effizienz und weniger Bürokratie sollte es zukünftig schon erbringen. Dem Vorschlag von Uwe Höhn (SPD) für einen großen Landkreis in Südthüringen konnte ganz offensichtlich eine sehr große Mehrheit der Teilnehmer viel abgewinnen.

Bleibt die Frage, wie er mal heißen soll. Zum Schluss wurde dann zwischen Achim Nickel und dem Minister ganz unkonventionell eine Wette abgeschlossen, ob es eine Einheit von Suhl, Zella-Mehlis und Oberhof bis Ende der Legislaturperiode gibt. Wer da wohl gewinnen wird? – INA LEUKEFELD –

Position zum Haushaltssicherungskonzept der Stadt Suhl

Seit Jahren kämpft die Stadt Suhl darum, ihre finanziellen Probleme in den Griff zu bekommen. Dazu gab es bereits ein 23-Punkte- und ein 57-Punkte-Programm. Beide Programme wurden durchaus mit guten Ergebnissen abgearbeitet. Trotzdem gelang es nicht, ab 2010 bis 2014 einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Deshalb wurde für den Zeitraum 2014 bis 2023 ein drittes Haushaltssicherungskonzept ausgearbeitet und beschlossen. Dieses Programm beinhaltet eine Reihe Maßnahmen, die mit unserer Auffassung von linker Politik nicht unbedingt viel gemeinsam haben. Der Beschluss des Haushaltssicherungskonzeptes 2014 war uns aber wichtig, um überhaupt wieder Souverän unseres Handelns werden

zu können und wichtige Investitionen auf den Weg zu bringen, darunter vor allem auch den Umbau des Portalgebäudes zum Haus der Geschichte. Auf der Grundlage des Haushaltssicherungskonzeptes vom Herbst 2014 und mit Unterstützung unserer Landesregierung war es uns auch möglich, 2015 einen ausgeglichenen Haushalt zu verabschieden. Durch die Politik der CDU-Fraktion und mangelnde Courage der Verwaltung wurde mit dem Umbau des Portalgebäudes wieder nicht begonnen. Jetzt arbeiten wir an der zweiten Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes von 2014. Dazu liegt seit Anfang Januar ein Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft „Rödl & Partner“ vor.

Das Ergebnis des Gutachtens ist deprimierend: Sind wir bei der Beschlussfassung 2014 von einem Finanzierungsdefizit von rund 10 Millionen Euro ausgegangen, betrug es mit der ersten Fortschreibung 2015 bereits rund 69 Millionen und aktuell rund 87 Millionen. Im Gutachten schlagen „Rödl & Partner“ 57 Maßnahmen mit einem geschätzten Volumen von rund 23 Millionen Euro vor, mit denen die Stadt das Defizit aus eigener Kraft zwar senken, aber keinesfalls beseitigen kann. Bei konsequenter Umsetzung aller vorgeschlagenen 57 Maßnahmen verbliebe immer noch ein Finanzierungsdefizit von rund 64 Millionen Euro. Mit anderen Worten: **Aus eigener Kraft ist ein ausgeglichener Haushalt nicht zu schaffen.**

Vor der Fraktion steht damit die Frage, macht es überhaupt Sinn, am Haushaltssicherungskonzept weiter zu arbeiten, wenn wir unseren Haushalt aus eigener Kraft nicht ausgleichen können und sich mit der anstehenden Gebietsreform die Bedingungen ohnehin wesentlich ändern werden. In der Fraktionssitzung am 18.01.2016 haben wir uns mehrheitlich dazu bekannt, an der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes mitzuarbeiten, um die Chance zu nutzen, über einen Doppelhaushalt 2016/2017 doch noch wichtige Vorhaben in der Stadt umzusetzen. Wir sind uns darüber im klaren, dass dazu auch einschneidende Maßnahmen notwendig sein werden. Einzelne Maßnahmen, die die Wirtschaftsprüfer vorschlagen, bedeuten eine höhere finanzielle Belastung unserer Bürger oder Einschränkungen von Leistungen für unsere Bürger. Unter den von den Wirtschaftsprüfern vorgeschlagenen Maßnahmen befinden sich unter anderem: höhere Pacht für Garagen und Erholungsgrundstücke (nicht für Kleingartenanlagen), höhere Grundsteuern A und B, Verringerung der Ausschüsse des Stadtrates, keine Ortschaftsräte und Ortsteilbürgermeister mehr. Viele Maßnahmen betreffen direkt die Verwaltung in Form von weiterem Stellenabbau und effizienterem Arbeiten. Darüber würden wir gern mit unseren Mitgliedern und Wählern ins Gespräch kommen.

– DR. REINER MIERSCH –

Suhler ANDERE Zeitung. Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag, **Preis:** eine Spende
Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl
Tel./Fax: 03681/308158; www.die-linke-suhl.de
e-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de
IBAN DE59 8405 0000 1705 0071 51;
BIC HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl
V.i.S.P.: Eckhard Griebel, Beerbergstr. 5 • 98528 Suhl
Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen
Redaktionsschluss unserer März-Ausgabe 2016 ist am 25.02.2016.

In Zukunft sollen die Akten laufen, nicht die Bürger

Bundestagsabgeordneter Mark Hauptmann (CDU) ist gegen einen Großkreis mit langen Wegen, in dem Entscheidungen weit weg vom Bürger fallen, wie im Freien Wort vom 7.1.2016 zu lesen war. Es soll alles so bleiben wie bisher.

Wir brauchen dringend eine Reform

Thüringen wird bis 2035 auf 1,8 Millionen Einwohner weiter schrumpfen. Wer kann verantworten, kostenintensive Strukturen vorzuhalten, die einen Bevölkerungsrückgang in Thüringen von 10 bis 13 Prozent ignorieren? Weniger Menschen bedeuten auch weniger Einnahmen. Einige Kommunen scheitern schon heute daran, allein Winterdienst und Straßenerhaltung zu finanzieren. Hinzu kommen das Auslaufen des Solidarpakts II und die Verringerung der Fördermittel der Europäischen Union. Nach dem ehemaligen CDU-Finanzminister Voß wird Thüringen bis 2020 mindestens 500 Millionen EURO Bundes- und EU-Mittel an Einnahmen verlieren und das bei immer noch 16 Milliarden Schulden. (TLZ 12.11.14) Die Flüchtlingsaufnahme hat 2015 mehr als 200 Millionen EURO zusätzlich gekostet. Prof. Dr. Benjamin Immanuel Hoff, Chef der Staatskanzlei und Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten, hat auf 125 Kommunen verwiesen, die gegenwärtig eine extreme Haushaltslage haben. 2014 hatten „nur“ 71 Kommunen keinen ausgeglichenen Haushalt. Den Kommunen wird es nicht besser gehen, wenn sich nichts ändert. Wie will die CDU mit immer weniger Geld die Strukturen in der jetzigen Form erhalten?

Und ist das eigentlich bürgernah, was wir jetzt haben?

Auf drei unterschiedlichen Ebenen sind über 150 Einrichtungen tätig, die oftmals nur mit sich selbst beschäftigt sind. Davon haben wir Bürger dieses Landes keinen Nutzen. Im ungünstigsten Fall müssen Bürgerinnen und Bürger bis zu sieben Landkreisgrenzen überwinden, um ihre Behördenwege zu erledigen. So hat beispielsweise zwar jede Gemeinde für sich einen Plan, wo und wie im Ort gebaut werden darf, die Überwachung darüber, dass diese gemeindlichen Pläne anschließend eingehalten werden,

obliegt wiederum den Landkreisen. Wenn der Hausbesitzer vor seinem Grundstück eine neue Leitung legen will, benötigt er eine Schachtgenehmigung, die er im Landratsamt erhält. Das Hinweisschild auf die Baustelle muss er aber wieder bei der Gemeindeverwaltung beantragen. Bei einem Wohnortwechsel über Landkreisgrenzen hinweg müssen ebenfalls eine Vielzahl von Behörden, Ämtern und Einrichtungen aufgesucht werden, um alle Formalitäten zu erledigen.

Die Lösung sind Bürger-Service-Büros vor Ort

Künftig soll man sich im Bürger-Service-Büro melden und von dort werden dann alle Dinge organisiert und abgearbeitet. Uns Bürger interessiert doch weniger, welche Stellen und Ämter im Hintergrund welche Aufgaben erledigen. Uns interessiert letztlich nur, wie schnell und unkompliziert wir als Hausbesitzer zu den Genehmigungen kommen, den Wohnungswechsel behördlich bewältigen, unsere Kinder ohne Probleme die Kita und die Schule wechseln können, wie die Müllabfuhr funktioniert und die Kfz-Ummeldung automatisch erfolgt. Bürgernähe in diesem Sinne ist nicht an die Größe der Landkreise gebunden. Bürgernähe entsteht, wenn Leistungen aus einer Hand und möglichst nah beim Bürger in der Gemeinde erbracht werden, über Internet und Servicebüros vor Ort. In jeder Gemeinde / Stadtteil mit 5000 Einwohnern sollen sie künftig eingerichtet werden. Mit ihnen verlängert sich eben nicht der Weg zur nächsten örtlichen Verwaltung. In Zukunft sollen die Akten laufen, nicht die Bürger!

– DR. BERND SCHEPELER –

Die Vorzüge eines Rennsteig- oder Rhön-Rennsteig-Kreises

1. Die Bürger identifizieren sich mit der Region. Vor Ort gibt es große regionale Befindlichkeiten. Uwe Höhns Vorschlag gibt uns die Chance in größeren Zusammenhängen zu denken. Welche Rolle spielt die Region heute und wo wollen wir hin? Streiten wir weiterhin kleinkariert darum, was in der Vergangenheit war, oder darüber, wer wen nicht leiden kann, dann wird die ganze Region um Suhl in die Bedeutungslosigkeit verfallen. Oder bündeln wir unsere Kräfte, um Südthüringen für die Zukunft besser aufzustellen.

2. Rhön, Thüringer Wald und Rennsteig sind deutschlandweit bekannt. In Südthüringen ist der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftszweig. Rhön, Thüringer Wald und der Rennsteig als Marke für eine ganze Region zu bewerben und Kräfte und Geld zu bündeln, ist der richtige Weg.

3. Ein Großkreis bietet die Chance, ein Städtenetzwerk mit Potential auf der Grundlage der beschlossenen Mittelzentren zu schaffen. Nur mit Wachstum in der Region kann dem Schrumpfungprozess begegnet werden.

4. Ein Großkreis bringt eher Einsparungen als eine kleine Gebietsreform. Allein das Wegfallen von zwei Landräten und deren Stellvertretern würde mindestens 350.000 EURO im Jahr sparen.

5. Der Vorschlag greift für Südthüringen im Kern den Vorschlag der Expertenkommission der vorangegangenen CDU/SPD Regierung auf. Da bleibt zu fragen, warum Hauptmann (CDU-MdB) und die Landräte Müller (CDU), Heimrich (SPD) und Zitzmann (parteilos, früher CDU) mit Ablehnung und Bedenken reagieren. Geht es um das Wohl der Bürger oder um ihr Wohl?

– B.S. –

Herzlichen Dank an Karlheinz Walther

Die Nr. 1 der SAZ im neuen Jahr hat mir viel Freude bereitet. Immerhin hat sie schon den 25. Jahrgang auf dem Buckel und gehört zu den besten Blättern dieser Art. Dem langjährigen Redakteur Karlheinz Walther möchte ich dafür ganz herzlich danken.

Nun erscheint sie - zwar abgespeckt auf 4 Seiten - aber drucktechnisch mit höherer Qualität. Das betrifft sowohl die Schrift als

auch die gestochenen Bilder. Gestalterisch und inhaltlich werden die jetzigen Macher den richtigen Weg finden. Die Beiträge sollten dabei möglichst kurz, konkret, kritisch und kommunalpolitisch verfasst sein. Selbstverständlich links und orientiert am Programm unserer Partei. Die LeserInnen werden dafür dankbar sein und es mit einer Spende honorieren.

– HANS LINKE, SUHL –

Die Erbsen lieber selbst zählen

Am 14. Januar 2016 war im MDR zu hören und im Freien Wort zu lesen, dass eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Vorschläge zu Einsparungen im Suhler Haushalt gemacht habe, ob derer die Stadträte erstaunt und zum Teil entsetzt gewesen seien. Ich muss sagen, dass auch ich ob der Nachricht entsetzt war. Allerdings weniger wegen der gemachten Sparvorschläge, als viel mehr ob der Tatsache, dass es dazu der Beauftragung einer der renommiertesten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Fachjargon auch gern mal als Erbsenzähler bezeichnet) bedurfte. Nicht, dass ich die Fachkompetenz von Rödel & Partner bezweifle. Was mich umtreibt, sind die entstandenen horrenden Kosten. Das Gutachten hat laut Freiem Wort vom 19.01.2016 101.000 EUR gekostet. Diese Summe hätte man - auch wenn sie das Land getragen hat - bei der angespannten Kassenlage sicher besser für die SuhlerInnen verwenden können.

Dass der OB auch noch die gute Arbeit der externen Prüfer lobt, wirft bei mir die Frage auf, wie es um die Führung der Stadt Suhl bestellt ist. Sowohl in der Stadtverwaltung als auch im Stadtrat sollten sehr kompetente Menschen am Werke sein! Warum sind diese KompetenzträgerInnen dann nicht in der Lage, selbst einen kritischen Blick auf die Ausgabenlage Suhls zu werfen und Sparvorschläge zu erarbeiten? Oder ist die Haushaltslage doch nicht so kritisch, wie allenthalben behauptet wird, so dass man das Geld mit scheinbar vollen Händen zum Fenster hinauswerfen kann? Sind womöglich einige Mitarbeiter der Verwaltung doch nicht ihren Aufgaben gewachsen und somit fehl am Platze?

Ich bin jedenfalls der Meinung, die SuhlerInnen sollten und können künftig ihre Erbsen selbst zählen, als dafür teure externe Prüfer zu beschäftigen.

- GERD BECK -

Termine Februar 2016

Mo 01.02.	18.00 Uhr	Fraktionssitzung, Geschäftsstelle
Di 02.02.	17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE, Geschäftsstelle
Mo 08.02.	18.00 Uhr	Fraktionssitzung, Neues Rathaus
Di 09.02.	14.00 Uhr	Veranstaltung der Koordinierungsgruppe
Di 09.02.	19.00 Uhr	Politischer Aschermittwoch, CCS Großer Saal
Mi 10.02.	14.00 Uhr	Geburtstagsrunde mit Brigitte und Hella
Do 11.02.	19.00 Uhr	Gesprächsforum ALTERNATIV, Kulturbaustelle
Sa 13.02.	10.00 bis 15.30 Uhr	Bildungstag der Thüringer LINKEN
Mo 15.02.	18.00 Uhr	Fraktionssitzung, Geschäftsstelle
Di 16.02.	17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE, Geschäftsstelle
Mi 17.02.	18.00 Uhr	MV zur Gebietsreform BO Am Himmelreich
Mo 22.02.	18.00 Uhr	Fraktionssitzung, Geschäftsstelle

Landesbildungstag der Thüringer LINKEN 2016 Solidarität statt Spaltung!

Die soziale Frage
emanzipatorisch bearbeiten
Elgersburg, Samstag,
13.02.2016, 10.00 bis 15.30
Uhr

Anmeldung und Informationen:
DIE LINKE Landesverband Thüringen
Tel. 0361/60 111 43
lgst@die-linke-thueringen.de
www.die-linke-thueringen.de

Einladung

des Suhler Gesprächsforums
Alternativ und der Rosa-Luxemburg-
Stiftung Thüringen
zu Vortrag & Diskussion mit
Jürgen Grässlin
Autor der Bücher „Schwarzbuch
Waffenhandel“
und „Netzwerk des Todes“
zum Thema
„Grenzen öffnen für Menschen –
Grenzen schließen für Waffen“
am 11. Februar 2016, 19.00 Uhr
in Suhl, Kulturbaustelle,
Fr.-König-Str. 35

Einladung

der Koordinierungsgruppe von Vereinen und Verbänden Suhl zu einer spannenden Diskussion zu den Themen:

- Welche neuen Maßnahmen für die Versorgung der Patienten wurden bereits veranlasst bzw. sind in den beiden Kliniken vorgesehen?

- Was kann die Altersmedizin und was vermag dabei die Geriatrie?

- Geriatrie an jedem Krankenhaus oder an spezialisierten Zentren?

Gesprächspartner:

Priv.-Doz. Dr. med. Uwe Leder, MBA, Geschäftsführer des SRH Zentralklinikums Suhl

Dr. med. Joachim Zeeh, Chefarzt der Geriatrischen Fachklinik „Georgenhaus“ Meiningen

Dr. med. Hartmut Schoenemann, Leiter Medizincontrolling, SRH Zentralklinikum Suhl

Moderation: Ina Leukefeld, MdL

**Die Veranstaltung findet am
Dienstag, dem 09. Februar
2016 um 14.00 Uhr in der
Seniorenresidenz der
Volkssolidarität,
Am Bahnhof 19 statt.**

Antifa-Bildungsreise vom 5.-8.5.2016 an den Bodensee

Im Programm der Bildungsreise ist die Stollenführung und Gedenkveranstaltung im ehemaligen Außenlager des KZ Dachau in Überlingen, der Besuch des Zeppelinmuseums in Friedrichshafen, eine Bodenseerundfahrt und der Besuch des DOK-Zentrums „Oberer Kuhberg“ in Ulm.

Teilnehmerpreis p.P. 315.- EUR im DZ
Teilnahmemeldung bis
01.03.2016 an Elke Pudszuhn Tel:
03682/43765 oder
elke.pudszuhn@googlemail.com

Die SAZ nach dem Lesen bitte weitergeben!